

WORTPROTOKOLL



der 29. Sitzung der

XX. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 28. Juni 2012

16.55 Uhr - 17.44 Uhr

Tagesordnung

1. *Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2013.*

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 3364)

Landesregierung

Budgetrede des Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut **B i e l e r** (S. 3364)

Beginn der Sitzung: 16 Uhr 55 Minuten

Präsident Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich e r ö f f n e die 29. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben die Herren Landtagsabgeordneten Mag. Gradwohl, Sampt und Sagartz, BA entschuldigt. Unentschuldigt der heutigen Sitzung fernbleibend sind Johann Tschürtz, Ilse Benkö, Gerhard Kovasits und Michel Reimon.

Ich ersuche die Frau Schriftführerin Andrea Gottweis um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Frau Schriftführerin.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführerin Andrea Gottweis: Einlauf für die 29. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Der Beschlussantrag über den Landesvoranschlag über das Jahr 2013 (Zahl 20 - 335) (Beilage 538) und
2. der Beschlussantrag über die Kenntnisnahme der zweiten Fortführung des Finanzplanes für die Jahre 2011 - 2015 (Zahl 20 - 336) (Beilage 539).

Präsident Gerhard Steier: Danke Frau Schriftführerin. Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zuweisungen werde ich nach der Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, vornehmen.

Präsident Gerhard Steier: Ich gebe nunmehr die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung befindet sich nur ein Punkt, und zwar ist dies die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2013.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1.Punkt: Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2013.

Der 1. und einzige Punkt der Tagesordnung betrifft die Erklärung von Landesrat Helmut Bieler zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2013.

Herr Landesrat, ich erteile ihnen das Wort.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Werte Regierungskollegen! Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir Burgenländerinnen und Burgenländer können stolz sein auf unser Land. Es geht uns gut, weil wir in Zeiten der Krise einen kühlen Kopf bewahrt, Stabilität gewahrt und die nötige Balance gehalten haben. Die burgenländischen Landesfinanzen stehen auf einem festen Fundament, nur darum ist das Burgenland auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein Fels in der Brandung und steht heute wesentlich besser da, als andere Bundesländer.

Das Budget ist der finanzielle Motor des Burgenlandes, das Maß aller finanziellen Handlungen im Land. Dieser finanzielle Motor des Landes läuft auch in schwierigen Zeiten stabil, verlässlich und kontinuierlich weiter. Das ist das Ergebnis einer weitsichtigen Finanzpolitik mit dem Blick auf das Wesentliche, sowie einer langfristigen, gut durchdachten Planung des Landeshaushaltes. Wir haben die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt, die großen Herausforderungen im Angesicht instabiler Wirtschafts- und Finanzstrukturen gemeinsam gemeistert.

Durch eine bis heute im Wesentlichen leider ungeregelte Finanzwirtschaft ist auch die Wirtschaft verletzlicher geworden. Das ist uns bewusst, danach handeln wir. Nicht erst seit gestern – sondern seit vielen Jahren.

Wir waren im Burgenland auch in den wirtschaftlich schwierigsten Zeiten - das zeigt der Bundesländervergleich - von den negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise aufgrund der gezielt gesetzten Gegenmaßnahmen des Landes, wie Kraftpakete, Bildungsmaßnahmen, Risikokapitalfonds oder des Fonds für Arbeit und Wirtschaft (FAWI) am geringsten betroffen. Trotz schwierigstem internationalen und nationalen Umfeld und konsequentem Konsolidierungskurs haben wir auf gezielte Investitionen gesetzt, um Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, Arbeitsplätze zu sichern, soziale Sicherheit und Ruhe zu gewährleisten und die Lebensqualität im Burgenland für jeden Einzelnen so hoch wie möglich zu halten.

Das Burgenland hat mit einem sinnvollen und umsetzbaren Konsolidierungspfad gezeigt, dass es auch anders geht: Nämlich zu konsolidieren ohne die Wirtschaft abzuwürgen oder Arbeitsplätze zu gefährden. Sozial verträgliche Strukturmaßnahmen zu setzen, ohne einzelne Gruppen über Gebühr zu belasten. Es ist wichtig, dort offensiv Maßnahmen zu setzen, wo gezielte Investitionen das Wachstum unmittelbar ankurbeln und zukünftige Wachstumspotentiale generieren. Ohne Wirtschaftswachstum und Beschäftigung führen die sinnvollsten Konsolidierungsschritte in ein sinnloses Kaputtsparen und zu sozialen Unruhen. Das haben wir frühzeitig erkannt, danach handeln wir. Darum ist und bleibt das Burgenland auch weiter auf der Überholspur.

Während anderen Ländervertretern die Sorgenfalten ins Gesicht geschrieben sind, wenn sie der Bund im Rahmen der „Schuldenbremse“ ab 2017 zu einem Budget ohne Neuverschuldung verpflichtet, kann ich sagen: Wir im Burgenland werden das bereits wieder 2015 schaffen.

Die Neuverschuldung wird, wie im Finanzplan von Regierung und Landtag beschlossen, sukzessive weiter reduziert. 2013 wird sie 12 Millionen Euro betragen, 2014 nur mehr sechs Millionen Euro. Schon ab 2015 werden keine Schulden mehr neu aufgenommen.

Und das schaffen wir auch, weil die gesamte Burgenländische Landesregierung mit Konsequenz an diesem Ziel arbeitet. Der Finanzplan gibt den Weg dorthin vor.

Der Landesvoranschlag 2013, den ich am Dienstag der Regierung zur Beschlussfassung vorgelegt habe und heute präsentieren darf, ist die Fortsetzung des guten burgenländischen Weges.

Die zahlreichen Strukturmaßnahmen und gehobenen Einsparungspotentiale sind der Nachweis unseres Bekenntnisses zum sinnvollen Sparen. Aber ein strikter Sparkurs alleine reicht nicht aus, um die öffentlichen Haushalte aus der Krise zu führen. Wir müssen uns aus der Krise „hinausinvestieren“ anstatt uns noch tiefer „hineinzusparen“! Das ist kein Gegensatz, sondern ein absolut notwendiger und richtiger Schritt. Wir setzen

das aus Überzeugung um, weil wir das Burgenland weiter auf einem guten Weg halten wollen. Der Erfolg gibt uns Recht.

Es sind die gezielten und nachhaltigen Investitionen, die das Burgenland als Quotenmeister hervorheben.

Wir haben die höchste Maturantenquote, sind Spitzenreiter bei der Kinderbetreuung der Drei- bis Sechsjährigen, waren 2011 prozentuell gesehen mit 1.783 Betriebsneugründungen Österreichs Gründerland Nummer Eins, kratzen im Tourismus an der drei Millionen Nächtigungsmarke, laut RegioData hatte das Burgenland 2011 mit 3,7 Prozent das stärkste Plus bei der Kaufkraft.

Das Burgenland ist europaweite Modellregion im Bereich der erneuerbaren Energie. Stromautarkie und in der Folge Energieautarkie sind nicht Zukunftsvision, sondern in greifbarer Nähe. Bereits 2013 wird das Burgenland als erste Region in Europa 100 Prozent seines Strombedarfs aus erneuerbarer Energie selbst abdecken können. Unsere Windkraftanlagen erzeugen jetzt schon so viel Energie, wie das Atomkraftwerk Zwentendorf an Leistung erbracht hätte. Bei Vollausbau aller Anlagen im Land wird es 1,5 Mal so viel sein.

Die Wirtschaftsleistung hat wieder Vorkrisenniveau erreicht, mit einem Wirtschaftswachstum von 3,3 Prozent liegt das Burgenland über dem Österreichdurchschnitt.

Wenn sich Firmen wie Coca Cola, Austria Pet Food, Enercon und viele mehr für den Standort Burgenland entscheiden, 246 Millionen Euro investieren und 1.075 Arbeitsplätze in nur eineinhalb Jahren in unserem Land schaffen, dann ist das kein Zufall.

Das ist die Bestätigung, dass unser eingeschlagener Weg stimmt und wir die besten Voraussetzungen durch gezielte Investitionen gesetzt haben. Es ist der Beweis für die Attraktivität unseres Landes als Wirtschaftsstandort und spiegelt die Dynamik des Burgenlandes als lebenswertes und erfolgreiches Bundesland auf der Überholspur wider.

Was wir dafür getan haben, bezeugt die burgenländische Investitionsquote, die mit rund 195,6 Millionen Euro und 19 Prozent im absoluten Spitzenfeld liegt. Jeder fünfte Euro des Landesvoranschlages bringt nachhaltiges Wachstum in verschiedensten Bereichen. Als Vergleich: Die Investitionsquote Oberösterreichs beträgt im Landesvoranschlag 2012 16,8 Prozent. Andere Bundesländer haben ihre Investitionsquoten nicht veröffentlicht.

Auch ein Blick auf die Investitionsquote in Deutschland bestätigt unseren Spitzenwert. Die Top Drei der Bundesländer sind Sachsen mit 18,8 Prozent, Bayern mit 16,3 Prozent und Thüringen mit 15,9 Prozent. Nur in Sachsen wird annähernd so viel investiert wie im Burgenland. Alle anderen 15 Bundesländer in Deutschland weisen eine geringere Investitionsquote auf.

Sehr geehrte Damen und Herren! Diesen Aufwärtstrend in einem schwierigen Umfeld haben wir durch die richtigen politischen Analysen und durch effiziente Planung geschafft, denn das finanzielle Korsett in dem wir uns bewegen, ist eng geschnürt. Das Budget 2013 ist ein Stabilitätsgarant in einem turbulenten internationalen Umfeld. Die finanziellen Beben in den krisengebeutelten EU-Ländern dauern noch an, die Unwetter an den Finanzmärkten und die schwarzen Wolken über dem Bankensektor sind noch lange nicht vorbeigezogen.

Lassen Sie uns einen Blick auf die Wirtschaftsdaten wagen. Ähnlich wie im Durchschnitt des Euro-Raumes verlor die Konjunktur in Österreich im Verlauf des Jahres 2011 an Schwung und auch das BIP schrumpfte zu Jahresende leicht. Der im Jahr 2012

eingetretene Aufschwung bleibt laut WIFO Prognose verhalten, da zu befürchten ist, dass viele EU-Länder eine verstärkte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte anstreben und sich Unternehmen wie auch private Haushalte mit ihren Ausgaben vorerst zögerlich verhalten werden. Derzeit befindet sich die Wirtschaft im Euro Raum wieder in einer leichten Rezession, ab der Jahresmitte 2012 soll die Konjunktur jedoch wieder Tritt fassen.

Wirtschaftsstudien gestalten sich im Hinblick auf die schwierigen und unsicheren Parameter wie manche Wetterprognosen. Ungewiss und erst beim Eintreffen zu verifizieren.

Laut WIFO wird im Jahr 2012 die Wirtschaft voraussichtlich um 0,4 Prozent wachsen, aber bereits im Folgejahr 2013 soll das Wachstum bei 1,4 Prozent liegen.

Die Österreichische Nationalbank geht in ihrer aktuellen gesamtwirtschaftlichen Prognose für Österreich vom Juni 2012 von einem wesentlich höheren Wachstum und zwar von 0,9 Prozent für 2012 und von 1,7 Prozent für das Jahr 2013 gegenüber dem WIFO aus.

Zwei Prognosen, zwei unterschiedliche Einschätzungen. Dieses Beispiel zeigt, wie schwierig es derzeit ist, verlässliche Voraussagen über größere Zeiträume hinweg zu treffen, welchen Balanceakt eine stabile Budgeterstellung erfordert.

Für die Stabilität und den sozialen Frieden eines Landes gibt es jedoch auch Parameter und harte Fakten, die wenig Interpretationsspielraum zulassen. Dazu gehören vor allem die Arbeitsmarktdaten. Bei der Beschäftigung und den Arbeitslosenzahlen steht Österreich im Europavergleich nach wie vor sehr gut da.

2011 konnte die Beschäftigung trotz der schrittweisen Verschlechterung der Konjunktur im Jahresverlauf stetig ausgeweitet werden. Die Zahl der Beschäftigten wächst weiterhin kräftig: 55.000 zusätzliche Arbeitsplätze wurden im vergangenen Jahr geschaffen. Damit wächst die Beschäftigung in den ersten fünf Monaten des Jahres doppelt so stark, wie von den Wirtschaftsforschern für 2012 prognostiziert.

In den Quartalsvergleichen der Bundesländer verweisen die Wirtschaftsforscher auf erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Während Kärnten lediglich ein Beschäftigungsplus von 1,1 Prozent aufweisen kann, wuchs die Beschäftigung im Burgenland um drei Prozent. Das ist eine weitere Bestätigung des guten burgenländischen Weges. *(Beifall bei der SPÖ)*

Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der im Jahresschnitt unselbständig Beschäftigten im Burgenland von rund 80.360 auf 94.280 im Jahr 2011 gestiegen. Das ist ein Plus von rund 14.000 Beschäftigten. 100.000 Beschäftigte im Burgenland – das ist bei diesem Trend noch heuer zu schaffen. Damit ist das wichtige Ziel von Landeshauptmann Hans Niessl und der gesamten Landesregierung für die Burgenländerinnen und Burgenländer erreicht.

Österreich ist mit einer Arbeitslosenquote von 3,9 Prozent laut Eurostat weiterhin das Land mit der geringsten Arbeitslosigkeit in der EU. Bei den Jugendlichen haben wir im Burgenland die geringste Arbeitslosigkeit. Die Ausbildungsgarantie für junge Menschen trägt Früchte. Arbeit durch Qualifizierung und Ausbildung für jeden Jugendlichen – das ist der burgenländische Weg. Wir lassen keinen Jugendlichen zurück und übernehmen hier die Vorreiterrolle bundesweit.

Dennoch werden die niedrigste Arbeitslosenquote europaweit und der hohe Beschäftigungsstand im Burgenland von einem Wermutstropfen begleitet. Wir sind mit

einer höchst unerfreulichen Entwicklung am Arbeitsmarkt konfrontiert. Den aktuellen Daten ist zu entnehmen, dass es einen verschärften Verdrängungswettbewerb gibt.

Das Beschäftigungswachstum wird 1:1 auf ausländische Arbeitskräfte „ausgelagert“. Seit Anfang des Jahres hat sich die Lage noch mehr zugespitzt: Bei einem Beschäftigungsplus von insgesamt 2.476 Personen von Jänner bis März 2012 stieg die Zahl neuer, ausländischer Arbeitskräfte sogar noch deutlicher um 2.625 Personen, während die Zahl inländischer beziehungsweise hier ansässiger Beschäftigter erstmals sogar um rund 150 sank.

Der Befund ist eindeutig: Teile der Wirtschaft tauschen im großen Stil heimische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Arbeitskräfte aus den Nachbarstaaten aus. Vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über 55 Jahre werden aus dem Arbeitsmarkt gedrängt, ebenso länger ansässige ausländische Arbeitskräfte.

Diesem Verdrängungswettbewerb auf dem burgenländischen Arbeitsmarkt muss ein Riegel vorgeschoben werden. Im Sinne unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch im Sinne der großen Mehrheit der Klein- und Mittelbetriebe, die einen fairen Wettbewerb führen wollen.

Die burgenländische Wirtschaft insgesamt muss sich aber auch ihrer Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen und Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stellen. Viele burgenländische Betriebe machen dies und nehmen ihre Verantwortung wahr, es gibt aber auch einige schwarze Schafe darunter und diese müssen zur Kooperation motiviert werden.

Für den sozialen Frieden im Land muss ein Schutzschirm mit den notwendigen Maßnahmen das Gleichgewicht am Arbeitsmarkt wieder herstellen. Wir lassen unsere Arbeitnehmer nicht im Regen stehen! Sonst wären alle Bemühungen für ein stetiges Wirtschaftswachstum des Burgenlandes eine klassische Themenverfehlung, denn dann geht der Erfolg an denen vorbei, die ihn sich erarbeitet und verdient haben: Nämlich die Burgenländerinnen und Burgenländer! (*Beifall bei der SPÖ*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Vom Schutzschirm des burgenländischen Arbeitsmarktes weiter zum europäischen Pendant.

Die Entwicklung der letzten Jahre und Monate sowie die Zahlen, die sie abbilden, sprechen eine ganz klare Sprache: Die Schuldenkrise schlägt noch immer auf die Realwirtschaft durch. Das betrifft die gesamte Eurozone ebenso wie kleine Regionen. Wir steuern erfolgreich mit gezielten Maßnahmen dagegen, aber, um den Flächenbrand einzudämmen, ist ein Schulterschluss im gesamten EU-Raum notwendig.

Die Schutzschirme für die Eurozone und die jetzige Hilfe für Spanien sind wichtig und notwendig zur Stabilisierung des Euro. Österreich profitiert massiv von der Gemeinschaftswährung. Wir gehören zu den sicheren Ländern, das zeigt sich unter anderem am niedrigen Zinsniveau für österreichische Staatsanleihen.

Allerdings ist Budgetdisziplin auf Länder- und Bundesebene alleine zu wenig. Ich fordere daher mehr Disziplin und Kontrolle der Banken ein! Wir haben nichts davon, wenn wir zwar die Staatsschulden im Blick behalten und in den Griff bekommen, nicht aber die Banken und die Spekulanten. Europa ist wichtig, Europa gehört uns Bürgern, deshalb darf Europa nicht den Konzernen und Spekulanten überlassen werden.

Für mich ist eine zentrale europäische Finanzmarkt- und Bankenaufsicht Voraussetzung für weitere Schritte, um die Zusammenarbeit in der Eurozone zu vertiefen.

Keiner kann bestreiten, dass die derzeitige Finanzkrise die EU vor eine Zerreißprobe stellt. Angesichts der Angreifbarkeit durch Finanzspekulanten, denen wir in Europa bislang nichts entgegensetzen konnten oder wollten, ist es wichtig, dass sich die europäischen Staaten um Budgetdisziplin kümmern. Dabei allein darf es aber nicht bleiben: Die EU ist kein „Sparverein“ - sie muss auch Impulse für Wachstum und Beschäftigung setzen und alles unternehmen, damit neben Sparzielen auch Wachstumsziele umgesetzt werden.

In Österreich haben Bund, Länder und Gemeinden mit dem gemeinsamen Ja zur „Schuldenbremse“ ein kräftiges Signal gegeben, die Stabilisierung der Union zu unterstützen.

Was müssen wir im Rahmen dieser „Schuldenbremse“ erfüllen?

Zusammenfassend ist das mit der Umsetzung von verschärften Bedingungen und Vorgaben zu beantworten.

Zum Beispiel der im März 2012 von den Staats- und Regierungschefs unterzeichneten Fiskalpakt, der eine Untergrenze des strukturellen Defizit von -0,5 Prozent des BIP und einen automatischen Korrekturmechanismus für wesentliche Abweichungen vorsieht.

Im November 2011 hat die Europäische Kommission zwei weitere Vorschläge für eine verstärkte Haushaltsüberwachung vorgelegt, die derzeit auf EU-Ebene diskutiert werden:

- eine verstärkte Überwachung der Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten und
- eine genauere Überwachung von finanziell instabilen Mitgliedstaaten.

Länder und Gemeinden haben sich im Zuge der Verhandlungen zum neuen Stabilitätspakt 2012 bereit erklärt, einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 5,2 Milliarden Euro bis 2016 zu leisten.

Angesichts des bereits eingeleiteten Konsolidierungskurses bedeutete dies einen weiteren Kraftakt auch für die Budgetgestaltung des Burgenlandes.

Als Gegenzug wurde uns seitens des Bundes zugesichert, dass es zu keinen Verschiebungen von Belastungen des Bundes auf Länder und Gemeinden kommt und die steuerliche Gleichbehandlung von Bund, Ländern und Gemeinden aufrecht bleibt. Weitere Mehrbelastungen für die Länder können nicht in Kauf genommen werden. Daher wurde vereinbart, dass

1. künftige neue Bundes-Abgaben als gemeinschaftliche Bundesabgaben (das heißt Verteilung nach einheitlichem Schlüssel) ohne Zweckbindung auszugestalten sind
2. eine allfällige Steuerreform einvernehmlich zwischen Bund und Ländern zu paktieren ist
3. die Laufzeit des FAG 2008 mit dem Stabilitätspakt in zeitlichen Gleichklang (insbesondere was die Pflegefinanzierung und Krankenanstaltenfinanzierung betrifft) zu bringen ist und
4. die Pflegefondsregelungen bis 2016 verlängert werden.

Nach langen und intensiven Verhandlungen wurde die „Schuldenbremse“ am 7. Dezember 2011 im Nationalrat mit einfacher Mehrheit im Bundeshaushaltsgesetz beschlossen. Das strukturelle Defizit des Bundes soll ab 2017 grundsätzlich 0,35 Prozent

des BIP nicht übersteigen und darf kurzfristig höchstens um 1,25 Prozent des BIP überzogen werden, wenn ein Rückführungsplan vorliegt. (Ausnahmen sind: Naturkatastrophen und „Notsituationen“)

Gleichzeitig möchte ich in Erinnerung rufen, dass nicht die Haushaltspolitik von Länder und Gemeinden der Auslöser für die Notwendigkeit der „Schuldenbremse“ waren. Die Pro-Kopfverschuldung des Bundes beträgt 22.270 Euro, jene des Burgenlandes zum Beispiel 883 Euro.

Die Verschuldung aller Länder gemeinsam ohne Wien beläuft sich auf 17,6 Milliarden Euro, jene des Bundes auf 189,4 Milliarden Euro nach Maastricht Ende 2011.

Diese Schuld verteilt sich in Österreich auf

- 87 % Bund
- 8 % Länder
- 4 % Gemeinden und
- 1 % Sozialversicherungen

Das zeigt deutlich: Länder und Gemeinden sind nicht der Anlass der „Schuldenbremse“, das Land Burgenland zeigt jedoch wie die anderen Bundesländer auch Verantwortung und beteiligt sich solidarisch an dieser gesamtstaatlichen Kraftanstrengung.

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir tragen den Willen zur Konsolidierung für die Zukunft unseres Landes mit Konsequenz mit. Wir übernehmen die notwendige Verantwortung.

Um unser burgenländisches Ziel – keine Neuverschuldung ab 2015 – umsetzen zu können, haben wir bereits viele Sparpotentiale ausgeschöpft und uns nicht gescheut, mutig zu reformieren. Wir halten das Burgenland erfolgreich auf Kurs. Die notwendigen Schritte haben wir nicht fünf vor zwölf gesetzt, sondern gezielt über Jahre geplant.

Im Angesicht der weltweiten Wirtschaftskrise wich das Land 2010 von der Politik des ausgeglichenen Haushaltes ab. Erstmals wurde bewusst wieder eine Neuverschuldung in Kauf genommen. Dies war notwendig, denn durch den massiven Einbruch der Steuereinnahmen fanden die laufenden Ausgaben und somit viele begonnene neue Projekte keine ausreichende Bedeckung mehr. Sinkenden Einnahmen standen in den Jahren 2009 und 2010 massiv steigende Ausgaben gegenüber.

Genauso richtig war die Entscheidung, ab der Erstellung des Doppelbudgets 2011/2012 völlig neue Wege zu gehen. Keine Neuverschuldung ab 2015 lautete und lautet nach wie vor das Ziel. Dieses wird von den Regierungsparteien mit großer Disziplin verfolgt und wurde auch bei der Erstellung des Landesvoranschlages 2013 neuerlich bekräftigt.

Viele Bundesländer kämpfen mit Konsolidierungsplänen, wir im Burgenland haben uns nicht gescheut, neue Wege zu beschreiten und bereits für das Budget 2011 „Globalbudgets“ eingeführt. Diese vereinbarten „Globalbudgets“ geben den Regierungsmitgliedern eigenverantwortlich die Möglichkeit, individuell Schwerpunkte zu setzen.

Durch die Festlegung von Einsparungsvorgaben seit der Budgeterstellung 2011 konnte ein Soforteffekt und gleichzeitig eine Dämpfung der Ausgabendynamik erreicht werden. Die disziplinierte Umsetzung des Konsolidierungspfades brachte 2011

Einsparungen gegenüber 2010 in Höhe von rund 58 Millionen Euro, im LVA 2012 sind es 30,7 Millionen Euro und im LVA 2013 23,5 Millionen Euro.

Ohne den Konsolidierungskurs wären die Ausgaben bis zum Ende des laufenden Finanzplanes 2015 um 150,2 Millionen Euro höher gewesen.

Kostenminimierende Strukturmaßnahmen, die auch Bereiche von ausgegliederten Einheiten betreffen, wurden und werden mit Disziplin und Konsequenz auch 2013 verfolgt. Immer jedoch mit der nötigen Balance, da die Einsparungsvorhaben nicht auf Kosten der wichtigen notwendigen Investitionen für das Wirtschaftswachstum beziehungsweise der Absicherung des Arbeitsmarktes erfolgen dürfen.

In der Regierungsklausur vom 2. Mai 2012 wurde der gemeinsame Weg für ein stabiles finanzielles Fundament des Burgenlandes neuerlich von den Koalitionspartnern bekräftigt:

1. Die seit 2011 eingeführte neue Vorgangsweise in Form von Globalbudgets soll beibehalten werden.
2. Der Konsolidierungspfad der kontinuierlichen Reduzierung der Neuverschuldung laut Finanzplan wird fortgesetzt.
3. Die Einigung über zusätzliche notwendige Einsparungen zum Finanzplan werden von den Regierungspartnern gemeinsam getragen.
4. Der verantwortungsbewusste Budgetvollzug soll durch die Beibehaltung der Kreditsperre von 12 Prozent bei den Ermessensausgaben auch im Jahr 2013 weiter gefördert werden und somit den Einsparungseffekt verstärken.

Mit einem Ja zum mutigen Reformieren haben wir gezeigt, wie die „Schuldenbremse“ in der Praxis erfolgreich funktioniert. Diesen konsequenten Konsolidierungskurs gepaart mit nachhaltigen Investitionen setzen wir auch im Landesvoranschlag 2013 um.

Wir haben die „Schuldenbremse“ bereits gezogen, bevor sie auf Bundesebene auch nur zur Diskussion stand. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Natürlich reformieren wir nicht, ohne die Umsetzung im Auge zu behalten und zu kontrollieren. Bei der Regierungsklausur im Mai dieses Jahres wurde der anlässlich der Budgeterstellung für das Jahr 2012 erfasste Maßnahmenkatalog mit nachhaltigen Strukturmaßnahmen auf den Stand der Umsetzung überprüft.

Vieles konnte mit einem „erledigt“ abgehakt werden. Viele Vorhaben, wie zum Beispiel im Bereich Personal, Anpassung von Gebühren im Verwaltungsbereich, oder Zusammenlegung von Landesgesellschaften, wurden umgesetzt.

Dabei wurde auf langfristige Einsparungseffekte zum Teil durch Nutzung von Synergien etwa im Verwaltungsbereich wie die Kooperationen zwischen Bezirkshauptmannschaften, oder die Kultur-Service Burgenland GmbH und in den ausgegliederten Einheiten etwa die Kooperation zwischen WiBAG und RMB, oder Facility-Management Burgenland das Augenmerk gelegt.

Das Ausloten von Sparpotentialen und die Umsetzung der kostenminimierenden Maßnahmen sind zu kontinuierlichen Prozessen geworden, die im Jahr 2013 deutlich die Ausgabendynamik bremsen. Betrug die Ausgabensteigerung von 2011 auf 2012 noch 27,7 Millionen Euro, so sind es von 2012 auf 2013 nur mehr 7,1 Millionen Euro.

Das war nur mit einem gemeinsamen Kraftakt zu schaffen und ist gleichzeitig die Bestätigung des erfolgreichen Konsolidierungskurses.

Das mutige Reformieren spiegelt sich aber auch im Maastricht-Ergebnis wider. Gegenüber dem ursprünglichen Finanzplan zeigen sich deutlich niedrigere Werte und ein verbesserter Maastricht-Saldo. Das Land erwirtschaftet Haushaltsüberschüsse (nach den Maastricht-Kriterien), obwohl die im außerordentlichen Haushalt erforderliche Kofinanzierung für die EU-Projekte in der Phasing Out Periode bis zum Jahr 2013 und danach entsprechend eingeplant ist.

Nach dem Entwurf zum Stabilitätspakt 2012 wäre ein Maastricht-Defizit von 24,1 Millionen Euro für unser Budget 2013 erlaubt. Wir erreichen einen Überschuss von 41,9 Millionen Euro. Dieser Weg wird uns nach den heutigen Berechnungen bis 2015 zu einem prognostizierten Maastricht-Überschuss in Höhe von rund 61,7 Millionen Euro führen.

Hohes Haus! Die Erstellung des Budgets 2013 in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld zeugt von Flexibilität und Disziplin. Es werden Offensivmaßnahmen fortgesetzt um eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und soziale Stabilität zu sichern. Mutige Reformen waren und sind gefragt. Die größte bisher war ohne Frage die Fusion der beiden Landesenergieversorger.

Diese Zusammenführung und die damit verbundene Neuausrichtung der Energieversorgung im Burgenland gewährleistet für die Burgenländerinnen und Burgenländer auf einem liberalisierten Energiemarkt auch weiterhin die bestmögliche Versorgung zum bestmöglichen Preis. Ein schlagkräftiges Energieunternehmen, das auch in Zukunft für Versorgungssicherheit, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit der Energieinfrastruktur steht.

Um die beiden Unternehmen BEGAS und BEWAG zusammenführen zu können, war die Übertragung der jeweiligen Gemeindeanteile der GAV (Gemeindeanteilsverwaltung) und somit der BEGAS auf die Burgenländische Landesholding GmbH (BLh) notwendig. Die BLh hat den Gemeinden ein sehr attraktives Kaufangebot bezüglich der Anteile an der BEGAS in Höhe von insgesamt 100,2 Millionen Euro unterbreitet, das auch angenommen wurde.

Diese 100,2 Millionen Euro sind für 110 Gemeinden ein wichtiger Investitionsschub in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Für das Land bedeutet die Fusion über Jahre gesehen Einsparungen durch Effizienzsteigerung und das Abbauen von Doppelgleisigkeiten in Millionenhöhe pro Jahr. Die Sicherung der elementaren Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand ist sowohl eine wirtschaftliche Notwendigkeit, als auch eine moralische Verpflichtung.

Für den Bereich Energie- und Wasserversorgung, beziehungsweise Müllentsorgung wird es keinen Ausverkauf ins Ausland geben, auch nicht an Private. Ich vertrete die Ansicht, dass dies ebenso für den Gesundheitsbereich und die Kurbad Tatzmannsdorf AG gilt.

Die Grundversorgung darf nicht zum Spielball von Spekulanten und/oder willkürlicher gewinnoptimierter Preisgestaltung werden!

Hier kann die Versorgungssicherheit mit der notwendigen Infrastruktur daher nur vom Land gewährleistet werden. Wir sind uns in dieser Frage in der Burgenländischen Landesregierung einig und haben bereits entsprechende Beschlüsse gefasst.

Die Finanzierung des BEGAS Kaufes war durch eine über Jahre hinweg stabile und vorsichtige Anlageform abgesichert.

Das Land Burgenland veranlagte ab Juli 2006 225 Millionen Euro in Form eines Genussrechtes bei der Kommunalkredit-Vermögensverwaltungs OG. Diese rund 225

Millionen Euro wurden sicher und nicht spekulativ angelegt. Die Veranlagung erfolgte ausschließlich in Staatsanleihen, Pfandbriefen und Unternehmeranleihen höchster Bonität. Unsere Veranlagungsstrategie war nicht Gewinnmaximierung mit hohem Risiko, sondern die Erhaltung des Kapitals und die Erzielung langfristig stabiler Erträge. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das ist auch gelungen und hat sich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bestens bewährt. Während viele andere Länder Verluste in Millionenhöhe hinnehmen mussten, entwickelte sich die burgenländische Veranlagung sehr positiv.

Die Erlöse seit Beginn der Veranlagung betragen rund 42 Millionen Euro, die für die

- Qualifikation von Arbeitskräften
- Förderung der Wirtschaft und die
- Verbesserung der Infrastruktur im Burgenland verwendet wurden.

Ich betone nochmals. In Zeiten einer weltweiten Finanzkrise ist es uns gelungen, 42 Millionen Euro zu erwirtschaften und als zusätzliche Förderungen für die Arbeitnehmer und die Wirtschaft des Burgenlandes zur Verfügung zu stellen.

Die anhaltenden Unsicherheiten auf den Finanzmärkten machten es notwendig, eine Neupositionierung des Portfolios des Landes in Höhe von 225 Millionen Euro, plus sieben Millionen Euro durch den Verkauf aller Anleihen, das ergibt in Summe 232 Millionen Euro, auszuarbeiten. Letztendlich wurde die Variante der Übertragung der OG Struktur an die BLh umgesetzt.

Die Überführung des Portfolios in der Höhe dieser 232 Millionen Euro auf ein Einlagenkonto des Landes stellt die langfristig erforderliche Liquidität für die Finanzierung von Investitionen in Landesgesellschaften sicher und bleibt als Veranlagung in eigene Töchter im Portfolio bestehen. Das heißt, das burgenländische Geld ist sicher und ohne zusätzliches Risiko in Tochtergesellschaften des Landes angelegt.

Dieses burgenländische Zukunftskapital ist die finanzielle Basis, um auch weiterhin Wachstum für das Burgenland durch Investitionen zu generieren. Die Veranlagung in unserem Land bietet uns die Sicherheit, die wir für die Fortsetzung des Aufwärtstrends brauchen.

Von einem Teil der Aktiva nun zu den Passiva. Natürlich haben wir auch Verbindlichkeiten. Das ist kein Geheimnis. Aber wir können ihnen unsere finanziellen Vermögenswerte und die Veranlagung entgegensetzen. Der aktuelle budgetäre Schuldenstand 2012 ist mit 267,5 Millionen Euro veranschlagt und wird 2013 gemäß den Vorgaben des Finanzplanes mit einer Neuverschuldung von 12 Millionen Euro 279,5 Millionen Euro betragen.

Die eingegangene Neuverschuldung ist um vier Millionen Euro geringer als im Vorjahr und folgt somit dem eingeschlagenen Konsolidierungskurs. 2015 wird es keine Neuverschuldung mehr geben.

Wir stehen sehr gut da. Das zeigt auch ein aktueller Rechnungshofbericht, der den Finanzschuldenstand der Bundesländer vergleicht. Demnach wuchs der Schuldenstand in Kärnten von 2005 bis Ende 2010 um rund 106 Prozent. Niederösterreich verzeichnete einen Anstieg von rund 135 Prozent. Im Burgenland betrug der Anstieg der budgetären Schulden im Zeitraum 2006 bis Ende 2010 lediglich 12 Prozent. Und hier reden wir von landeseigenen Schulden.

Hohes Haus! Wir haben Vertrauen in das stabile finanzielle Fundament, das wir aufgebaut haben. Wir scheuen uns nicht davor, dies jedes Jahr von einer internationalen Agentur genau überprüfen lassen. Die bekanntlich härteste Ratingagentur Standard & Poor's bewertete heuer abermals die burgenländischen Landesfinanzen.

Zum vierten Mal in Folge wurde die Fähigkeit des Landes seinen Finanzierungsverpflichtungen nachzukommen kurzfristig mit der bestmöglichen Bewertung A1+ ausgezeichnet, langfristig gab es die Note AA+. Ausschließlich aufgrund des Bundesratings wurde heuer erstmals auch das Burgenland mit einem negativen Ratingausblick versehen.

Diese Bewertung ist äußerst positiv für die Landesfinanzen. Der Vermögens- und Finanzkraft wird ein gutes Zeugnis ausgestellt. Das ist ein wichtiges Signal an die Wirtschaft sowie an alle Burgenländerinnen und Burgenländer. Es bestätigt, dass wir in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die richtigen finanziellen und finanzpolitischen Entscheidungen getroffen haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Sehr geehrte Damen und Herren! In den letzten Jahren hat die internationale Wirtschaftskrise den Spargedanken und die Konsolidierung der Haushalte in den Vordergrund gerückt. Aber ohne die notwendigen Wachstumsoffensiven werden wir langfristig keine Treffer landen. Die Budgeteinsparungen gegen die Wachstumspolitik auszuspielen kann langfristig nur zu einem Eigentor führen.

Unsere Investitionsquote von rund 19 Prozent ist das positive Abbild der gesamten gesetzten Impulse für Wachstum und Beschäftigung im Burgenland. Rund 196 Millionen Euro fließen 2013 als Impulsgeber für Wirtschaft, Bildung, Tourismus, Infrastruktur, Arbeitsmarkt- und Wohnbaumaßnahmen.

Jede und jeder meiner RegierungskollegInnen geht mit dem ihr/ihm zur Verfügung stehenden Investitionsvolumen im Rahmen der Globalbudgets mit Bedacht um gleichzeitig sind die Einsparungsmaßnahmen gut durchdacht. Den ressortverantwortlichen Regierungsmitgliedern wird monatlich von der Finanzabteilung eine Budgetüberwachungsliste als zusätzliche Information zur besseren Kontrolle des laufenden Budgetvollzugs übermittelt.

Ich werde auch im heurigen Jahr im Hinblick auf die „Globalbudgets“ davon abgehen, Erklärungen zu den einzelnen Gruppen abzugeben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Derzeit laufen auf europäischer und österreichischer Ebene die Planungen für die Neuordnung der EU-Kohäsionspolitik – und damit der Regionalförderungen – für die Zeit nach 2013 auf Hochtouren. Die Entscheidung über Nachfolgeförderungen in Brüssel ist maßgeblich für die zukünftigen Investitionen in unserem Land.

Für das Burgenland geht es um immens viel: Wir haben die Chance, auch nach Ende der laufenden Phasing-Out-Periode weiter mehr EU-Mittel nutzen zu können als andere Bundesländer. Wir könnten damit unsere wirtschaftspolitische Erfolgsgeschichte leichter fortsetzen.

In welchem Ausmaß haben wir von der laufenden Förderperiode 2007 – 2013 profitiert? Mit der Sicherung von Lebensqualität, Erhöhung von Einkommen und Beschäftigung durch Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Abbau regionaler Disparitäten.

Im Rahmen der laufenden Phasing-Out-Periode standen beziehungsweise stehen den Burgenländerinnen und Burgenländern und der burgenländischen Wirtschaft rund 444 Millionen Euro an Fördermitteln zur Verfügung.

Diese werden im Ausmaß von 177 Millionen Euro von der Europäischen Union aus den Strukturfonds EFRE und ESF zur Verfügung gestellt. Seitens des Bundes werden rund 153 Millionen Euro und seitens des Landes Burgenland 114 Millionen Euro kofinanziert, um damit nachhaltiges Wachstum zu generieren.

Das Burgenland soll aber auch nach 2013 bis zum Jahr 2020 hin jene Region in Österreich sein, welche die besten Förderungen anbieten kann. Und das heißt: Mehr Arbeitsplätze, mehr Bildung und eine bessere und rasche Modernisierung der Wirtschaft. Wir werden um diese Chance kämpfen und bemühen uns dabei um Mitstreiter auf allen politischen Ebenen.

Einige wichtige Etappenerfolge haben wir dabei bereits erzielt. EU-Kommissar Johannes Gie Hahn hat den offiziellen Entwurf der EU-Kommission für den Kohäsionspakt 2014-2020 vorgelegt, der unsere Position stärkt.

Ziel ist die Schaffung einer neuen Förderkategorie für „Übergangsregionen“. Das sind jene Regionen im europäischen Raum, deren Pro-Kopf-BIP zwischen 75 und 90 Prozent des EU-27-Durchschnitts liegt. Europaweit sind dies rund 50 Regionen. Laut Vorschlag der EU-Kommission sollen dafür zwischen 2014 – 2020 rund 39 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

Mit dieser neuen Förderkategorie kann ein abruptes Auslaufen von Förderungen und damit verbunden, ein möglicher Entwicklungsstopp, verhindert werden. In diese Förderkategorie würde das Burgenland hineinfallen.

Wir setzen alles daran, dieses Ziel zu erreichen. Das ist auch besonders wichtig, damit die Förderunterschiede zwischen Burgenland und den angrenzenden EU-Nachbarn Ungarn, Slowakei und Slowenien nicht zu hoch ausfallen.

In „trockenen Tüchern“ haben wir die neue Förderperiode aber noch nicht. Im Gegenteil: Es gibt Hürden, die aktuell noch höher werden. Die letzte Entscheidungsinstanz ist die Europäische Kommission. Da stellen gerade Staaten wie Deutschland das übrigens von „Übergangsregionen“ im Gebiet der früheren DDR stark profitieren würde einen großen Unsicherheitsfaktor dar.

Einige Mitgliedsstaaten, vor allem die sogenannten „Nettozahler“, sprechen sich nicht nur generell für eine EU-Haushaltskürzung aus, sondern auch gegen die neue Förderkategorie der „Übergangsregionen“. Damit besteht die Gefahr, dass die zukünftige EU-Regionalförderung in der derzeitigen Spardiskussion zerrieben wird.

Die europäische Politik würde damit das falsche Signal zum ungünstigsten Zeitpunkt setzen: Europa muss sich aus der Krise hinaus investieren und nicht noch tiefer in sie hineinsparen. Die Kohäsionspolitik beziehungsweise die Regionalförderungen sind dafür eines der wichtigsten Instrumente. Gerade das Burgenland hat als „Musterschüler“ bei der Umsetzung von EU-Förderungen gezeigt, wie wirkungsvoll damit ein langfristiger wirtschaftlicher Aufschwung geschaffen werden kann.

Jetzt brauchen wir noch ein Umdenken auf der Ebene der wichtigsten EU-Mitgliedsstaaten. Ich bin überzeugt, dass der Präsidentschaftswechsel in Frankreich uns zusätzlichen Rückenwind geben wird, weil in Europa endlich über „Wachstum“ diskutiert wird.

Wenn man Jung und Alt, ganzen Generationen egal in welchem Land, die Perspektiven, die Chancen auf eine sichere Zukunft nimmt, wenn Eltern ihre Kinder weggeben, weil sie für ihr Überleben nicht mehr sorgen können und alte Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben kein Dach mehr über dem Kopf haben, riskiert man, nein verursacht man, soziale und politische Unruhen.

Genau aus diesen Gründen gab es die Wahlergebnisse in Griechenland, Frankreich oder in einigen deutschen Bundesländern. Genau aus diesen Gründen gibt es Unruhen in Griechenland, Spanien, Portugal und in anderen Ländern.

Der Mensch muss im Mittelpunkt des politischen Denkens und Handelns sein, nicht allein die noch immer unkontrollierten Finanzmärkte und schon gar nicht die Spekulanten, die dieses finanzielle und wirtschaftliche Desaster verursacht haben! *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Durch das Ausschöpfen der Wachstumspotentiale wollen wir auch für die kommenden Generationen die besten Voraussetzungen in unserem Bundesland schaffen. Wir bauen auf unser stabiles finanzielles Fundament auf und reißen das Steuer nicht in die eine oder andere Richtung herum. Wir setzen weiterhin auf zielorientierte Prozesse und Reformen, statt auf willkürliches Stop-and-go. Damit schaffen wir glaubwürdig Vertrauen, Verlässlichkeit und Kontinuität.

Lassen Sie uns nun einen genaueren Blick auf unseren Fahrplan, den Landesvoranschlag 2013, werfen.

Vorab möchte ich allen Beteiligten Lob und Dank aussprechen, denn die Erstellung des Budgets hat uns durch die neuen Fiskalregeln im Zuge der „Schuldenbremse“ vor große zusätzliche Herausforderungen gestellt. Die bereits straffen Finanzplanwerte mussten nochmals unterschritten werden.

Das vorliegende Budget umfasst rund 3.500 Voranschlagstellen. Sie sind das Mosaik hinter dem stabilen burgenländischen Finanzfundament. Gemeinsam ergeben die Zahlenbausteine den Landesvoranschlag 2013 mit folgenden Eckdaten:

Im Landesvoranschlag 2013 stehen im ordentlichen Haushalt Einnahmen von insgesamt 1,029 Milliarden Euro Ausgaben von insgesamt 1,041 Milliarden Euro gegenüber. Die Einnahmen sind im Vergleich zum Landesvoranschlag 2012 um 11,1 Millionen Euro höher. Vorkrisenniveau haben wir allerdings noch immer nicht erreicht.

Die moderate ausgabenseitige Steigerung von nur 7,1 Millionen Euro entspricht den neuen Finanzplanvorgaben und liegt um 10 Millionen Euro niedriger als der Finanzplan vor dem neuen Stabilitätspakt vorgesehen hätte.

Der außerordentliche Haushalt für die Kofinanzierung der Phasing-Out-Förderperiode sieht Einnahmen und Ausgaben von rund 23 Millionen Euro vor. Die Fondsgebarung ist mit 4,1 Millionen Euro ebenfalls ausgeglichen.

Der Gesamtabgang beträgt nur mehr 12 Millionen Euro und ist um vier Millionen Euro geringer als im LVA 2012. Damit wird der Konsolidierungsplan laut Finanzplan konsequent verfolgt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Der Jahresvoranschlag 2013 steht nicht unter dem Motto „Sparen um jeden Preis“, sondern er ist vom Bemühen geprägt, durch effiziente Verwaltung der uns anvertrauten Gelder, Möglichkeiten zu schaffen, entsprechend nachhaltige Investitionen für die Burgenländerinnen und Burgenländer tätigen zu können.

Mit einem gemeinsamen „Ja“ zum mutigen Reformieren ist uns das auch gelungen. Umfassende Reformdiskussion in allen Bereichen der Landespolitik werden auch weiterhin notwendig sein - aber mit der nötigen Balance. Ein strikter Sparkurs alleine ist nicht unser Weg. Die Schuldenreduktion muss auch in den kommenden Jahren von Wachstumsimpulsen begleitet werden.

Der Landesvoranschlag 2013 ist daher unser Wegweiser in diesem Konsolidierungskurs, der gleichzeitig finanzielle Freiräume für den weiteren Aufstieg des Burgenlandes schafft. Das Ziel ist der Wohlstand aller Burgenländerinnen und Burgenländer, aber auch der soziale Friede in unserem Land.

Ich möchte mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen in der Landesregierung herzlich bedanken, die in einem sehr hohen Ausmaß Verständnis für diese zugegebenermaßen schwierige Situation aufgebracht und konstruktiv an der Erstellung des Landesvoranschlages mitgearbeitet haben. Allen voran unserem Herrn Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl für die wertvolle Unterstützung und die vielen entscheidenden Impulse bei der Budgeterstellung.

Dieses Budget 2013 steht für gute Zusammenarbeit, ist das gemeinsame Konstrukt der gesamten Landesregierung.

Wir haben hart, aber erfolgreich am Erreichen der gesetzten Ziele gearbeitet. Damit dieser gute Weg auch in den kommenden Jahren gemeinsam fortgesetzt werden kann, wurde von der Landesregierung bereits jetzt, vorausschauend für die Jahre 2014/2015, die Erstellung eines Doppelbudgets vereinbart.

Die Zeit der Budgeterstellung ist kein Sonntagsspaziergang, sondern eine herausfordernde Bergtour. Rund 3.500 Voranschlagstellen des Budgets sind die Etappen, der Gipfel ist nur mit absoluter Professionalität zu erreichen. Die Mitarbeiter der Finanzabteilung, die sich jedes Jahr mit mir auf diese spannende Reise der Budgeterstellung begeben, sind absolute Finanzspezialisten. Das kann ich nur jedes Jahr aufs Neue betonen und mich für die Unterstützung von Hofrat Dr. Engelbert Rauchbauer, OAR Alice Gaber, Monika Stiglitz, OAR Uschi Fercsak, Hans Halwax und dem gesamten Team bedanken. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ein Dankeschön auch an mein Büro für die wertvolle Unterstützung. Ganz besonders danken möchte ich Isabell Strobl, die nicht nur die Koordination dieser Budgetrede übernommen, sondern sie auch in die vorliegende kompetente und pointierte Form gebracht hat.

Hohes Haus! Wenn man Verantwortung übernimmt, muss man nach vorne schauen die eine oder andere Schwierigkeit meistern, vor allem aber immer zukunftsorientierte Entscheidungen treffen. „Nachhaltig investieren, mutig reformieren“, das ist unser guter burgenländische Weg, mit dem Blick nach vorne, der uns auf der Überholspur hält.

Wir wollen für unser Land arbeiten, dafür ist dieses Budget der beste Beweis. Sie, liebe Abgeordnete, möchte ich einladen, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ersuche Sie, dem Budget 2013 Ihre Zustimmung zu geben. Nachhaltig investieren - mutig reformieren! Lassen Sie uns am festen finanziellen Fundament unseres Landes weiterarbeiten. Dankeschön! *(Allgemeiner Beifall)*

Präsident Gerhard Steier: Ich danke dem Landesfinanzreferenten Landesrat Helmut Bieler.

Die Regierungsvorlagen Zahl 20 – 335, Beilage 538, und Zahl 20 – 336, Beilage 539 weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtages werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 27. September 2012 vorgesehen ist.

Bevor ich die heutige Sitzung für geschlossen erkläre und damit auch die ordentliche Tagungssession 2011/2012 als beendet erkläre, möchte ich es nicht verabsäumen, Ihnen allen bei dieser Gelegenheit schöne Urlaubstage und eine gute Erholung zu wünschen und mich auch für die Zusammenarbeit herzlich zu bedanken.

Damit ist die Sitzung g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 17 Uhr 44 Minuten